

ANTRAG an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland am 22. November 2022

Alles Unternehmen für eine sichere und leistbare Energieversorgung

Für den Wirtschafts- und Produktionsstandort Österreich ist die Energiefrage die größte Herausforderung, damit die Betriebe weiter erfolgreich wirtschaften und Arbeitsplätze erhalten können. Dazu braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik, um Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise zu gewährleisten. Der SWV OÖ gemeinsam mit dem Wirtschaftsbund OÖ hat dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die eine rasche Entspannung der für viele Betriebe bereits existenzgefährdenden Situation herbeiführen sollen. Vorrangiges Ziel muss sein, Fehlentwicklungen z.B. bei der Preisberechnung von Strom zu korrigieren oder – wenn dies nicht möglich ist – die Auswirkungen auf die Unternehmen durch konkrete und umfassende Entlastungsmaßnahmen abzufedern. Wir kämpfen für unsere Mitglieder! Seit Anfang des Jahres kämpfen wir an allen Fronten für die Umsetzung ihres Entlastungsprogrammes zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen: Aus diesem Grund hat die WKOÖ – gemeinsam mit den Kollegen aus der Steiermark und Kärnten – die Aktion unternimmwas-ooe.at gestartet, um eine nachhaltige Reduktion der Abgaben und Steuern auf Energie zu erreichen.

Durch die Unterstützung von über 60.000 Unternehmer:innen und Privaten konnten bereits erste politische Erfolge erreicht werden:

- Die Elektrizitätsabgabe und Erdgasabgabe wurden um ca. 90 % gesenkt.
- Die Vorauszahlung der Einkommens- und Körperschaftssteuern wurden herabgesetzt.
- Das Unternehmens-Energiekostenzuschuss-Gesetz wurde beschlossen und ist seit Anfang November beantragbar

Es gibt aber noch einige offene Punkte.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

- Die Senkung der Mineralölsteuer sollte nach deutschem Vorbild sofort in Angriff genommen werden – Treibstoff und damit auch Transporte dürfen nicht zu Luxusgütern werden.
- Die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Energie sowie Aussetzung der Erhöhung der Co2-Steuer.
- Preissenkende Maßnahmen wie die Änderung der Preisberechnung bei Strom oder die Einführung einer Gaspreisbremse -wie sie aktuell in Deutschland ausgearbeitet wird.
- Verlängerung und Ausweitung des Energiekostenzuschusses, um die Betriebe bei den Mehrkosten, welche über den heurigen Herbst und Winter entstehen, zu entlasten.

- Eine „Investitionsprämie NEU“ kann dazu beitragen, dass die Betriebe rascher auf alternative Energieträger umrüsten können.
- Die Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen stark beschleunigt werden – auch eine Genehmigungsfreistellung muss diskutiert werden!
- Die rasche Einführung einer Kontrahierungspflicht für Strom- und Gaskunden bis zumindest fünf Millionen kWh bei Strom und zehn Millionen kWh bei Gas.
- Eine (kurzfristige) Ausweitung der Befugnisse der bei der E-Control angesiedelten Schlichtungsstelle.

Unsere Betriebe haben ein Recht auf eine sichere und leistbare Versorgung!

Als Wirtschaftsvertretung fordern wir Versorgungssicherheit und faire Preise – wie bei den Haushaltskunden - auch für unsere Unternehmen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und das wirtschaftliche Überleben der Selbstständigen muss für die Politik absoluten Vorrang haben. Das Wirtschaftsparlament der WK Burgenland fordert daher alle politischen Entscheidungsträger auf, die o.a. Entlastungs- und Vorsorgemaßnahmen rasch umzusetzen, damit unsere Unternehmen weiter am Standort Burgenland bzw. Österreich erfolgreich wirtschaften können.



Bmstr. Ing. Gerald Schwentenwein
Präsident

Wirtschaftskammer Bgld.
31. Okt. 2022